



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.

ANNETTE DITTERT

Dokumentation & Reportage, NDR Hamburg

23. JUNI EU-REFERENDUM: BREXIT – SIND DIE BRITEN NOCH ZU RETTEN?



ANNETTE DITTERT

Annette Dittert über den drohenden EU-Austritt der Briten, ihre 7 Jahre als ARD-Korrespondentin in London.

Am 23. Juni werden die Briten über den Verbleib ihrer Insel in der EU entscheiden. Eine brisante Abstimmung, an der neben dem Schicksal Großbritanniens auch das Schicksal der EU hängen könnte. Seit der populäre Londoner Bürgermeister Boris Johnson sich an die Spitze der Brexit-Bewegung gestellt hat, könnte es tatsächlich knapp werden. Letzte Umfragen zeigen, dass immer mehr Briten sich mit der Idee des Austritts anfreunden. Was aber heißt ein möglicher Austritt der Briten für das Königreich? Was heißt er für Schottland, das im Falle des Brexit bereits mit einem Austritt aus dem Königreich gedroht hat ... Was bedeutet er für eine EU, die sich in der schwersten Krise ihrer bisherigen Geschichte befindet? Und – last but not least – was bedeutet er für die EU-Bürger, die (noch) in London leben, wie Annette Dittert auf ihrem Hausboot?

VORTRAG AM 9. JUNI 2016



Ganz herzlichen Dank für die Einladung in Ihren wunderschönen Club hier am Jungfernstieg, der, wie ich unlängst gelernt habe, so wie ganz Hamburg für Toleranz und Weltoffenheit steht, die beiden wesentlichen ethisch-politischen Voraussetzungen für erfolgreichen Handel mit und in der Welt.

Prinzipien sind das, die den britischen Nationaltugenden nicht ähnlicher sein könnten. Hamburg empfindet sich so auch ganz zu Recht als die Stadt, die London am nächsten liegt. Nicht nur geografisch, sondern eben auch mental. Denn Weltoffenheit, Toleranz, Handel mit und in der Welt, das waren und sind auch die Grundpfeiler der britischen Identität seit dem Empire und: Sie sind es noch.

Dennoch kann man, wenn man sich zurzeit auf der Insel aufhält, und ich tue das als Wahl-Londonerin regelmäßig, im Moment durchaus seine Zweifel bekommen, inwieweit diese Prinzipien tatsächlich noch gelten. Oder: Um es ganz einfach und direkt zu sagen: Als Europäer können einen die Briten zurzeit schlicht in den Wahnsinn treiben, wenn man dort ist, mit ihrer ausschließlich um sich selbst kreisenden zutiefst insularen Frage: „What’s in it for me?“, wenn es derzeit um Europa und die EU geht. Ausschließlich die ökonomischen Vorteile des Verbleibs in der EU bestimmen die aktuelle Brexit-Debatte. Die politische Verantwortung für ein krisengeschütteltes Europa ist nicht mal als ferner Gedanke mit dabei in dieser Diskussion. Im Gegenteil: Die derzeitige Krise, in der Europa steckt, dient den Brexit-Verfechtern stattdessen als ihr Hauptargument für den Austritt: An einen solchen Leichnam wie dies mit Flüchtlingen beladene Europa wolle man sich doch nicht mehr ketten.

Europa möge doch bitte ohne die Briten untergehen. Und so gibt es durchaus viele Menschen hier auf dem Kontinent, auch und gerade in Deutschland, vielleicht auch unter Ihnen, die bei der Frage, welches Ergebnis sie sich für dieses Referendum denn wünschen, mittlerweile genervt aufseufzen und erklären: „Fahrende soll man nicht aufhalten“ – Good Riddance. Lasst sie doch in Gottes Namen ziehen.“ – Ich bin mir sicher, dass einige hier im Saal solche Gedanken schon einmal gehegt haben in den vergangenen Wochen und Monaten, ich schließe mich da übrigens mit ein. Dennoch ist das meiner Meinung nach ein wenn auch verständliches, aber doch vor allem kurzsichtiges Frustrationsmanagement auf hiesiger Seite des Kanals.

Denn die Entscheidung der Briten am 23. Juni – in heute auf den Tag genau zwei Wochen – ist eine der einschneidendsten und, sollte es tatsächlich zum Brexit kommen, dramatischsten Entscheidungen eines Landes in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, mit Folgen, die den ganzen Kontinent erschüttern würden. Und gerade für Deutschland wäre der Brexit ein tiefer Einschnitt mit vornehmlich negativen Auswirkungen: Warum das so ist, dazu komme ich hier etwas später, im zweiten Teil dieses kleinen Vortrags. Erst mal aber bleiben wir bei den Briten selbst.

Ich war gerade am Wochenende wieder in London und hätte fast um ein Haar tatsächlich zwei meiner besten Freunde verloren. Beide gut ausgebildet, beide Anwälte, beide international unterwegs, die aber, wie sich dann rausstellte, jetzt tatsächlich für den Brexit stimmen wollen, zu meinem großen Erstaunen. Da ich selbst, wie Sie schon jetzt bemerkt haben dürften, einen Brexit für keine so ganz brillante Idee halte, hielt ich dagegen. Aber je mehr ich sie überzeugen wollte, je mehr Argumente ich ihnen lieferte, desto irrationaler und ja sturer wurden sie. Ich als Deutsche hätte ihnen da gar nichts zu erklären. Man habe genug davon, aus Brüssel regiert zu werden. Man wolle wieder auf eigenen Beinen stehen. Das sei besser für GB, und überhaupt wollten sie keine Zahlen von mir hören, warum es ihnen danach womöglich schlechter gehe. Punkt. Denn wirkliche Argumente hatten sie in der Tat nicht. Am Ende wechselten wir in letzter Sekunde das Thema, ich behielt sie als Freunde und verbrachte den restlichen Tag mit erneutem Nachdenken.

Auf der Suche nach einer Antwort auf die Frage, warum tatsächlich knapp die Hälfte der Insel sich derzeit für das Verlassen der EU ausspricht, obwohl die wirtschaftlichen Fakten klar dagegen sprechen. Für die Briten selbst wäre der Brexit nämlich tatsächlich eine womöglich noch größere Katastrophe als für Europa. In politischer, aber auch und vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht. Es gibt zurzeit kaum einen seriösen Ökonomen in Europa und auch nicht in Großbritannien, der das bestreiten würde.

Eine vor zehn Tagen vom Observer veröffentlichte Umfrage unter 600 renommierten britischen Wirtschaftswissenschaftlern ergab, dass 82% von ihnen den Brexit

für eine große bis sehr große Gefahr für die britische Wirtschaft halten. Dass die Arbeitslosigkeit klar steigen, das Pfund und die Hauspreise deutlich fallen werden. Die größte Sorge gilt dabei dem Finanzplatz London. Eins der weltweit bedeutendsten Finanzzentren, das jährlich um die 66 Mrd. Pfund Steuergelder an den Staat abliefern, mehr als jede andere Branche auf der Insel, damit für immerhin 12% des gesamten britischen Bruttosozialprodukts steht.

Der Großteil dieser Banken nutzt London als Brückenkopf zu Europa. Sämtliche finanziellen Transaktionen, die auf dem Euro basieren, müssten aber nach einem Brexit in die Eurozone zurückverlegt werden. Oder die Versicherungen: Zurzeit sitzt in London z.B. ein Drittel der internationalen Schifffahrtsversicherungen. Davon sind 40% Versicherungen, die mit europäischen Partnern abgeschlossen werden. Das würde jenseits der EU-Außengrenze nicht mehr so einfach gehen. Und so ist es kein Wunder, dass mehr als ein Drittel aller großen Banken bereits jetzt laut über einen Standortwechsel in Richtung Frankfurt, Paris oder Luxemburg nachdenken. Mehr als eine Million Menschen könnten davon betroffen sein.

Der britische Finanzminister, George Osborne, der Seite an Seite mit dem Premier David Cameron für ein Verbleiben der Briten in der EU steht, hat unlängst Zahlen veröffentlicht, nach denen ein Brexit jeden britischen Haushalt bis zu 5000 Euro pro Jahr kosten werde. Nun kann man solch einzelne Zahlen und Voraussagen durchaus als vage Drohmanöver abtun, und das Brexit Camp tut das lautstark, wie Sie sich vorstellen können. Denn in Wirklichkeit kann zurzeit natürlich niemand wirklich seriöse Zahlen hinlegen, die beziffern, wie groß der Schaden für die britischen Haushalte genau sein wird, wenn es zum Brexit kommt. Der Austritt eines Landes aus der EU ist nun mal ein noch nie da gewesener Vorgang, für den man deshalb auch keine klaren, einfachen oder gar präzisen Voraussagen machen kann.

Dennoch: Dass Großbritannien zumindest auf kurze und sehr wahrscheinlich auch auf längere Sicht ökonomisch Schaden nimmt, da sind sich alle ernst zu nehmenden Wirtschafts-Experten einig. Das dabei kaum vom Tisch zu fegende Hauptargument: die Unklarheit über den komplizierten und langwierigen Prozess dieser Scheidung, die generell hässlich werden dürfte. Denn niemand weiß, wie lange es wirklich dauern wird, bis alle Handelsverträge, alle Zollbestimmungen und all die anderen insgesamt 12.000 Regeln, Gesetze und Vorschriften, die die Briten derzeit mit der EU verbinden, neu verhandelt sein werden.

Und eine solche möglicherweise lang andauernde Unklarheit über die Handelsbedingungen mit einem Land hat dessen Wirtschaft noch immer geschadet. Zumal die rechtlichen Grundlagen für einen Austritt höchst schwammig formuliert wurden von den Autoren des Lissabonner Vertrags. Vorgesehen ist z.B. nur eine Übergangszeit von ganzen zwei Jahren für die Neuregelung von diesen über 12.000 Regeln, Vorschriften und Gesetzen.

Sollte das in zwei Jahren nicht gelingen, und jeder, der Brüssel kennt, weiß, dass die Neuverhandlung solch komplexer Verträge in zwei Jahren nicht einmal ansatzweise machbar ist, sollte das also nicht gelingen, dann sind die Briten danach auf das Wohlwollen der verbleibenden restlichen 27 Länder angewiesen, die diese Übergangsfrist verlängern müssten. Und zwar einstimmig. Da kann man den Briten dann wirklich nur noch „Good Luck“ and „have a safe trip“ wünschen.

Zumal niemand in der EU nach einem Brexit Interesse daran haben kann, es den Briten leicht zu machen mit ihrem Ausstieg. Der derzeitige Kommissionspräsident Jean Claude Juncker hat das auf seine wenn auch leise Art sehr deutlich gemacht, erst wieder vor ein paar Tagen in einem Interview: „Wer nicht mehr mit am Tisch sitzt, wird auch nichts zu essen bekommen.“ Klarer kann ein Brüsseler Technokrat und Diplomat eine Drohung kaum aussprechen. Und es wird tatsächlich so sein: Die EU kann den Briten keinen „easy ride“ nach einem Austritt bescheren.

Schon aus reinem Selbsterhalt nicht. Sie würde eine Büchse der Pandora öffnen, denn mögliche Nachahmer gäbe es so einige. Klare Abschreckung Richtung Süd- und Osteuropa wird und muss deshalb Brüssels vorherrschende Handlungsmaxime sein, käme es tatsächlich zu britischen Austrittsverhandlungen.

Damit sind schon einmal mindestens zwei Dinge klar, die eigentlich jeden Briten vor dem Brexit zurückschrecken lassen müssten. Erstens: Eine klare Mehrheit der Finanz- und Wirtschaftsexperten – und auch der Unternehmen im Übrigen – schreit

laut: „Nein, bitte nicht!“ Und zweitens kann das verbleibende Europa die Briten nach einem Brexit unmöglich mit einem blauen Auge davonkommen lassen, schlicht und ergreifend aus reinem Selbstschutz nicht. Dennoch – und jetzt wird es interessant – scheint das eben nicht nur meine Freunde vom Wochenende, sondern auch knapp die Hälfte der Briten überhaupt nicht im Mindesten zu interessieren. „It’s NOT the economy, stupid ...“, so scheinen sie den von Bill Clinton geprägten Leitsatz eines jeden Wahlkämpfers zurzeit einfach umzudrehen. Aber was ist es dann, wenn nicht „the economy“, wenn nicht „die Wirtschaft“, was knapp die Hälfte der Briten dazu bringen könnte, in zwei Wochen ihre Stimme tatsächlich für einen Brexit abzugeben?

Damit sind wir bei der zentralen Frage, die ich Ihnen versuchen will, jetzt zu beantworten: Warum um alles in der Welt scheinen fast 50% der Briten, allen Fakten die Stirn bietend, bereit, diesen Sprung ins Ungewisse zu wagen – wider alle Vernunft? Die Antwort ist eigentlich ganz einfach: Das ist deshalb so, weil diese zurzeit alles dominierende Debatte um den Brexit Ausdruck von etwas ganz anderem ist: von der tief sitzenden ewig schwelenden, weil nie gelösten britischen Identitätskrise. Einer Identitätskrise, die subkutan das Leben auf der Insel seit vielen Jahrzehnten bestimmt, spätestens seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Wir haben hier ein Land vor uns, das zwischen alten Großmachtfantasien, aus der Zeit, als man noch ein Empire war, und heutigen akuten Minderwertigkeitskomplexen jetzt sein Selbstgefühl über die Rückgewinnung nationaler Autonomie restaurieren will.

Anders als Deutschland und Frankreich konnte sich Großbritannien, das ja aber doch eigentlich den Krieg gewonnen hatte, nur sehr schleppend und mühsam von den ökonomischen Folgen des Zweiten Weltkriegs erholen und stolperte bis Ende der 80er-Jahre von einer Wirtschaftskrise in die nächste. Der allmähliche Verlust des Empire tat ein Übriges. Und so ziehen eben viele Briten es bis heute vor, sich stattdessen in die alten Zeiten zurückzufantasieren und die heutige brutale Realität, in der sie einfach nur ein kleines mehr oder weniger unbedeutendes Land in Europa sind, einfach auszublenden.

Ich werde nie vergessen, wie ich vor ein paar Jahren aufs Land fuhr, um eine Geschichte über ein Sommerfestival mit dem schönen Namen „War and Peace“ zu drehen. Eins der vielen Festivals, auf denen die Briten im Sommer den Zweiten Weltkrieg nachspielen, mit Panzern, Teadance und hübschen Frauen in 40er-Jahre-Kleidern. Am liebsten spielen die Männer natürlich alle die Nazis, die deutschen Uniformen waren einfach die besten, sagen sie dann. Und wenn man die Frauen fragt, was sie so faszinierend finden an diesem Krieg: Dann bekommt man gewöhnlich die Auskunft: „It was such a peaceful time, when Britain was still somebody, and everybody helped each other.“ Es war doch eine so friedliche Zeit, in der wir noch jemand waren und jeder jedem geholfen hat. Der Film hieß dann später: „Der Zweite Weltkrieg: Ein Spaß für die ganze Familie.“

Und aus diesem Geist stammt auch das Fundament der heutigen Europagegner. Weitestgehend handelt es sich hier um einen seit 1945 ewig wiederkehrenden nostalgisch-sentimental geprägten Anfall von Realitäts-Vermeidung, einen romantisch rückwärtsgewandten Nationalismus. Man könnte darüber lächeln, wenn diese Haltung nicht jetzt im Jahr 2016 so fatale Konsequenzen haben könnte. Und das habe ich auch oft getan in meiner Zeit als Korrespondentin, liebevoll natürlich.

In der jetzigen aktuellen Situation aber ist es wenig hilfreich, die Briten und jetzt die Brexit-Verfechter einfach als britische Träumer und Spinner hinzustellen, die sich schon wieder beruhigen werden, wenn der Spuk vorbei ist. Denn dem wird nicht so sein, das kann ich schon jetzt vorwegnehmen. Auch ein knappes Votum für den Status quo, und mehr scheint nicht drin zurzeit, wird aus den Briten keine überzeugten Europäer mehr machen.

Nehmen wir das Ganze dann jetzt also einmal so ernst, wie wir es sollten, und versuchen zu verstehen, woher die neue heutige Variante dieser alten Identitätskrise stammt: Am direktesten nähert man sich dem, wenn man sich die Hauptargumente der Brexiteers ansieht. – Und die sind schnell aufgezählt: Denn die sind im Grunde einfach vielfach variierte Versionen ein und desselben Mantras. Und dieses Mantra lautet: „We want to take back control of our country.“ – Wir wollen die Kontrolle, die demokratische Kontrolle über unser Land zurück. Und das ist ein Argument, das

wirklich ernst zu nehmen ist, das wirklich zählt in GB: das ihrer nationalen Souveränität, die die Briten in Gefahr sehen, und des europäischen Demokratiedefizits. Michael Gove, immerhin derzeitiger Justizminister und einer der Anführer derer, die rauswollen aus der EU, formuliert das so: „Die Entscheidungen, die unser Leben regieren, die Gesetze, denen wir alle gehorchen, sollen aber doch von Menschen festgelegt werden, die wir wählen und die wir auch wieder hinauswerfen können, wenn wir einen Wechsel wünschen.“

Dieser Gedanke wiegt schwer in der gegenwärtigen Debatte. Denn die britische Auffassung von Demokratie lebt traditionell besonders stark von der Idee einer sehr viel direkteren Demokratie, dem direkten Verhältnis zwischen Volksvertretern und Wählern. Und dem Prinzip, dass man seine Politiker eben auch direkt zur Rechenschaft ziehen kann. Entscheidungsträger auf europäischer Ebene, die man nicht gewählt hat und die zudem noch weit weg sind, irgendwo hinter dem Nebel überm Kanal, die werden als fremd und anstößig empfunden. Erschwerend kommt hinzu: Föderalismus ist dem britischen Denken weitgehend fremd. Koalitionen werden als verworrene, verwässerte Regierungsmissgeburten empfunden und kommen dank des britischen Mehrheitswahlrechts so gut wie nie vor. Das sorgt stattdessen für die direkte Konfrontation zwischen den beiden großen Volksparteien. Die schon rein räumlich im britischen Unterhaus nicht nebeneinander im Halbrund wie hier in Europa, sondern sich gewollt konfrontativ gegenüber sitzen.

Sie kennen das aus dem Fernsehen: Hier die Opposition – da die Regierung. Man brüllt sich nieder, der Stärkere gewinnt. Das ist Demokratie für die Briten. Der offene Schlagabtausch, dem ein offen in Szene gesetzter Kompromiss folgen kann. Nicht der hinter den Kulissen langwierig und langweilig errungene Konsens, sondern der offene Wettstreit und die Zuweisung klarer Verantwortlichkeiten. Und als Prinzip darüber: die Möglichkeit, die Politiker, die man gewählt hat, die Gesetze, die sie gemacht haben, jederzeit in eigener Regie wieder umwerfen zu können.

Das ist Demokratie im britischen Sinne: nicht die Fremdbestimmung durch ein multinationales Europaparlament, dessen Regeln man nicht versteht und im Übrigen aber auch gar nicht verstehen will. Zu sehr widerstrebt das dem Bedürfnis nach nationaler Selbstbestimmung. Der größte Stein des Anstoßes ist dabei immer wieder der Europäische Gerichtshof, der nationales Recht überwölbt und vor allem in seiner Obersten Instanz für Menschenrechte, in Luxemburg, der britischen Politik Vorschriften machen kann, gegen die sie kein Rechtsmittel hat und gegen die auch das Parlament machtlos ist.

Der durch Eloquenz, Humor und seine wirre blonde Haarpracht bekannt gewordene ehemalige Londoner Bürgermeister Boris Johnson, neuerdings der Frontline Clown Nr. 1 der Brexit-Bewegung, schrieb dazu kürzlich: „Wir unterliegen hier einer legalen Kolonisierung“, und fügte erobert hinzu: „Man hat sich an das entsetzliche europäische Rechts-Apriori schrecklicherweise schon fast gewöhnt, die Nanny Brüssel hat uns infantilisiert“. Und ja, das hat natürlich auch alles damit zu tun, dass GB eine Insel ist. Die sich traditionell nie als Teil des kontinentalen Europas gesehen hat.

Bestimmte Ereignisse in ihrer Geschichte haben das verschärft. Und sind ganz wesentlich, wenn man die heutige Verfaßtheit der britischen Psyche verstehen will. Wenn Sie erlauben, machen wir jetzt einen kleinen Ausflug in diese Geschichte, und zwar zunächst in das Jahr 1951. Wir begeben uns in das Londoner Arbeitszimmer Winston Churchills, in dem er gerade Konrad Adenauer zu dessen erstem Besuch in London empfängt: Es gibt Tee, natürlich, und man plaudert angeregt, irgendwann kommt das Gespräch natürlich auch auf Europa. Und da sagt ein gut gelaunter Churchill mit der Zigarre im Mund, so hat das Hans von Herwarth, der damalige deutsche Botschafter in London, in seinen Memoiren überliefert, da sagt ebenjener Churchill, entspannt in seinem Sessel zurückgelehnt, zu Adenauer, Zitat: „Sie wissen ja, wir werden immer an der Seite Europas stehen“ – worauf Adenauer stutzt und dann leicht geknickt entgegnet: „Aber Herr PM, da bin ich ein wenig enttäuscht: England ist doch Teil Europas.“ Worauf Churchill aber nur bedauernd den Kopf schüttelt. Zwar war er es, der den Terminus der „Vereinigten Staaten von Europa“ geprägt hatte, bereits 20 Jahre zuvor, im Jahr 1930. Damit hatte er aber nie gemeint, dass Großbritannien dazugehören sollte oder werde. Im Gegenteil: Als er diesen Gedanken in einem Artikel in der Sat Evening Post schrieb, meinte er etwas ganz anderes.

Und ich gehe darauf hier so ausführlich ein, weil Churchill hier einen ganz wichtigen Begriff geprägt hat, mit diesen Vereinigten Staaten von Europa, der bis heute das britische Selbstverständnis prägt und vor allem in Deutschland immer wieder missverstanden wird.

Hier glaubt man, er habe damit ein Bekenntnis zu Europa ablegen wollen. Churchill wollte aber das genaue Gegenteil mit diesem Begriff, er wollte damit gerade die Distanz Großbritanniens zu Europa markieren. Es lohnt sich deshalb, diese paar Sätze einmal genau anzusehen. Er schrieb damals, Zitat: „GB wird nie zu diesen Vereinigten Staaten von Europa gehören, wir stehen dazu, sind aber nicht Teil davon, denn wir haben unsere eigenen Träume und Aufgaben. Wir stehen zu Europa, gehören aber nicht dazu, wir sind interessiert und assoziiert, aber nicht absorbiert“. Und diese Auffassung, diese wenigen Sätze, die muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen, denn die definieren wie kaum etwas bis heute das Selbstverständnis der allermeisten Briten gegenüber Europa. Und das heißt eben: Diplomatische, politische Verträge mit Europa werden geschlossen – und wieder gekündigt, je nach Lage des nationalen Interesses. Balance of power war für die Briten immer eine Maxime der Opportunität.

Europa ist dabei maximal der Resonanzkörper für die eigenen Großmachtfantasien. Ein lockerer und gern auch exklusiver Gentlemen Club wie dieser hier, dem man sich angeschlossen hat, um beim Whiskey und einer guten Zigarre finanzielle, wirtschaftliche Vorteile aushandeln oder auch einfach um die Lage der Dinge besprechen zu können. Dass aus diesem lockeren Club in Brüssel mittlerweile eine politische Union geworden ist, die sich zunehmend in nationalstaatliche Belange einmischt, das empfinden viele Briten als eine Art politischer Geiselnahme. So habe man nie gewettet, als man damals beigetreten sei. Auch das ist ein ganz zentrales Argument in den derzeitigen Diskussionen in GB.

Europa, das sind in GB immer die anderen. Und damit sind wir direkt bei einem weiteren zentralen Grund für das Fremdeln der Briten mit dieser EU, der ebenfalls in der Historie begründet liegt. Die Briten haben die EU nämlich nie – anders als wir hier – als politisches Friedenskonzept erlebt. Diese Emphase des „Nie wieder Krieg!“ gab es dort nicht. Man hatte den Zweiten Weltkrieg schließlich gewonnen, und das aus sicherer Distanz, das Chaos hatte sich auf der anderen Seite des Kanals abgespielt. Die Bedrohungserfahrung des kriegerischen Nebeneinanders haben die Briten nie gemacht. Sicher, es gab den Blitz und die Zerstörung von Coventry, aber das waren vergleichsweise begrenzte Kriegserfahrungen: Der Gegner stand nie buchstäblich auf eigenem Territorium.

Die deutsche, italienische oder französische Erleichterung, nach dem Krieg mit den direkt angrenzenden Nachbarn durch das Projekt EU einen dauerhaften Friedenspakt eingegangen zu sein, das war nie die Erfahrung der Briten. Zwischen ihnen und Europa lag und liegt der Kanal, eine Invasion hat seit Jahrhunderten dort nicht mehr stattgefunden. Und das ist eminent wichtig, wenn man verstehen will, woher das so distanzierte, unemotionale und ausschließlich auf den eigenen Vorteil bedachte Verhältnis der Briten zur EU rührt.

Worüber vor allem wir Deutschen immer wieder geradezu sentimental enttäuscht sind. Wolfgang Schäuble z.B erklärte vor einigen Wochen im Interview mit der BBC, er werde weinen, wenn es tatsächlich zum Brexit kommen sollte, ein emotionaler Ausbruch, der nicht nur für ihn ungewöhnlich ist. So hatte man einen deutschen Finanzminister tatsächlich noch nicht erlebt in London. Und ein Ausbruch, der bei den meisten Briten auf völliges Unverständnis stieß. Weinen? Wegen der EU?? Nein, da ist das Verhältnis der Insel zum Kontinent dann doch aus den eben angeführten Gründen ein wesentlich distanzierteres und rationales. Eine Distanz dieser EU gegenüber, die im Übrigen ihre Wurzeln auch in der Genese des britischen Beitritts hat. Denn die Briten sind nicht wie alle anderen 1957 mit den Römischen Verträgen der EU beigetreten, damals hieß sie noch EG, sondern erst 15 Jahre später, erst Anfang der 70er-Jahre. 1972, um genau zu sein. Womit die Briten die frühe Phase des Wirtschaftswunders, diese große Erfolgsgeschichte der EG, nicht als Mitglied dieses Vereins erlebt haben. Sie waren kein Gründungsmitglied. Sondern mussten erst mal draußen bleiben. Und haben so den für das Fundament der EU so wichtigen gemeinsamen Wirtschaftsaufschwung nicht erlebt. Was das für Auswirkungen auf

die Wahrnehmung der EG als ein Projekt der anderen, gehabt hat, das kann man gar nicht hoch genug einschätzen. Zumal dieser späte Beitritt so von den Briten nicht gewollt war. Sie wollten damals bereits ganz zu Anfang mit dabei sein. Aber man ließ sie zunächst nicht hinein in den Club. Genauer gesagt: Die Franzosen wollten das nicht, und die treibende Kraft hierbei war vor allem ein Mann, der den Briten nie getraut hatte: Und das war Charles de Gaulle. Zeit seines Lebens kämpfte er mit all seiner Kraft dagegen an, die Briten hineinzulassen in seine EG. Die Briten seien „insular“ und hätten, Zitat: „sehr eigenwillige Gewohnheiten und Traditionen, die nicht zu Europa passten“.

Außerdem fürchtete de Gaulle, dass mit den Briten die USA durch die Hintertür mit hineinkämen in das neue europäische Projekt. Zu denen die Briten damals noch ein weit engeres Verhältnis als heute pflegten. Und die Amerikaner, die wollte de Gaulle noch weniger als die Briten in seinem Club, fürchtete er doch um die eigene Vormachtstellung und die Vormachtstellung Frankreichs. Gleich zweimal wurde auf sein Betreiben hin so der britische Antrag auf Mitgliedschaft abgelehnt. 1963 und dann wieder 1967. Man ließ die Briten regelrecht abblitzen. Und das war, wie Sie sich vorstellen können, nicht nur für den damaligen Chefunterhändler ungeheuer demütigend. Das wurde auch in der nationalen Presse als enorme Beleidigung empfunden und so erzählt. De Gaulle ließ sich übrigens zeit seines Lebens nicht erweichen, seine Meinung zu ändern. Der britische Beitritt zur EG erfolgte dann auch erst mit Pompidou, nachdem de Gaulle 1969 von der politischen Bühne getreten war.

Danach gelang es den Briten dann, aber eben erst im dritten Anlauf, erst 1972, Mitglied zu werden. Verdammt spät und zu einem Zeitpunkt, als es der Insel selbst wirtschaftlich überhaupt nicht gut ging. Anfang der 70er galt Großbritannien als der kranke Mann Europas, Sie werden dieses geflügelte Wort erinnern. Man trat der EU also nicht nur erst bei, nachdem man zweimal abgeblitzt war, die Briten traten auch ausgerechnet zu einem Zeitpunkt bei, als sie sich selbst als besonders schwach empfanden, in einer der wirtschaftlich düstersten Phasen ihrer Geschichte. Und damit war ein mehr als fruchtbarer Boden gelegt für ein jetzt kaum mehr auszurottendes Misstrauen der Briten gegenüber diesem Club mit Sitz in Brüssel. Europa, die EU, das bleiben von nun an für immer die anderen.

Zurück in die Gegenwart. In eine Gegenwart, im Jahr 2016, in der diese aus der Geschichte stammenden Muster nun von rücksichtslosen Populisten in eine ganz neue Richtung gelenkt werden. Da heißt es dann in Abwandlung des Mantras von der Kontrolle über das eigene Land: „We want to take back control of our borders.“ Wir wollen die Kontrolle über unsere Grenzen zurück. Sprich: Wir wollen keinen unkontrollierbaren Zufluss von europäischen Arbeitsmigranten, die nur an unsere Sozialtöpfe wollen. Dass das de facto gar nicht der Fall ist und dass außerdem die Migration aus den ehemaligen Kolonien außerhalb Europas der weitaus größere Faktor bei der gefühlten Überfremdung Großbritanniens ist, spielt dabei keine Rolle.

Die Anti-Immigranten-Karte, dieser in Teilen rassistische Populismus, der eigentlich so gar nicht zu der sprichwörtlichen britischen Toleranz und Weltoffenheit passt, trifft jetzt vor allem bei der zunehmend verarmenden britischen Unter- und Mittelschicht in Wales und Nordengland auf Resonanz, die, von der konservativen Regierung ignoriert, sich abgehängt fühlen in der heutigen globalisierten Welt, die sie in großen Teilen schlicht nicht mehr verstehen. Und der Hass auf das Establishment in London, und damit auch auf Cameron, den regierenden PM, der drinbleiben will in der EU, dem wollen diese traditionellen Laborwähler nun einen Denktettel verpassen. Ein Reflex, der zurzeit stärker scheint als rationales Nachdenken. Denn gerade die sozial benachteiligten und strukturschwachen Gegenden Großbritanniens werden die großen Verlierer eines Brexit sein.

Ansonsten ist die Anfälligkeit für rassistischen Populismus natürlich kein rein britisches Phänomen. Ich sage nur Donald Trump, und auch wenn man ihn nicht direkt mit den britischen Brexiteers vergleichen kann, es gibt da schon einige Parallelen. Nicht nur hat der britische Anführer des Brexit-Lager, ich habe ihn schon erwähnt, der ehemalige Londoner Bürgermeister Boris Johnson, eine auffällig ähnlich wirre Haarpracht wie Trump, er hat auch sonst tatsächlich einiges mit ihm gemeinsam. Er redet z.B. auch durch die Bank Unsinn, das aber sehr eloquent, gut gelaunt und selbstbewusst. Er nennt wissentlich oder unwissentlich immer wieder falsche Fakten,

an die er sich schon im nächsten Moment nicht mehr erinnern will, widerspricht sich so permanent und spielt gern mit dem Feuer, wenn es darum geht, Fremdenfeindlichkeit für seine Zwecke zu nutzen.

Diesen Sonntag z.B. war er bei Andrew Marr in der BBC, eine Mischung aus Anne Will und dem Presseclub der ARD. Er hatte noch keine 5 Minuten gesprochen, da waren schon 7 falsche Fakten auf dem Tisch. Da behauptete er z.B. strahlend, 60% der britischen Gesetze – Skandal – kämen schon jetzt direkt aus Brüssel, London zahle pro Woche 600 Millionen Pfund an die EU, und David Cameron versuche derzeit aktiv den EU-Beitritt der Türkei zu beschleunigen, der darin enden werde, dass 80 Millionen Türken nach Großbritannien drängen werden. Das alles hat dieser Mann genau so zur besten Sendezeit innerhalb von wenigen Minuten in die Welt gesetzt. Einfach so. Und je mehr der Moderator dagegenhielt, desto besser wurde die Laune Boris Johnsons, der ihm einfach entgegnete: „Come on Andrew, it doesn't really matter, does it?“ und daraufhin einfach die nächste Unwahrheit aus der Tasche zog.

Es ist ein seltsames Phänomen, das sich jetzt zu verschärfen scheint in diesen letzten Wochen vor der Abstimmung: Tatsachen, Fakten, Belege zählen nicht mehr. Wird ein Gast als Experte vorgestellt in einer Sendung, wird er ausgebuht. Als sei das Wissen um Fakten und Hintergründe per se neuerdings eine Bürde, ein Ausweis böser Absichten, ein Stigma, das den Träger als Mitglied des Establishments brandmarkt, womit er in jedem Fall verdächtig ist, als sei die Wahrheit eine Sache der Interpretation. Das ist Populismus der übelsten Art, der eben nicht nur in den USA, sondern derzeit auch in Großbritannien um sich greift.

Die Insel, sie wirkt in den letzten Wochen bisweilen wie ein Narrenschiff, das orientierungslos in einem Meer von Fakten, die kaum mehr ernst genommen oder eingeordnet werden, wirr vor sich hin treibt. Und wo so derart leidenschaftlich der Irrationalität gehuldigt wird, da geht eben nicht nur jede Vernunft über Bord, da muss man sich dann auch ernsthaft Sorgen machen, dass die Briten am Ende in zwei Wochen tatsächlich für den Austritt stimmen könnten. Auch wenn ich das bis vor Kurzem nicht für möglich gehalten habe. Ich bin mir da jetzt nicht mehr ganz so sicher. Und damit komme ich zum Schluss und will mein Versprechen vom Anfang einlösen: Warum ein Brexit nicht nur ein Super-Gau für die Briten, sondern auch für das restliche Europa und damit vor allem für Deutschland wäre.

Da wir darüber gleich auch sicher noch diskutieren werden und sollten, hier deshalb jetzt die 4 wichtigsten Punkte in kurzen Thesen:

- 1) Die EU verliert mit den Briten einen ihrer größten Nettozahler. Mehr als 11 Milliarden Euro betrug z.B. der Nettobetrag Londons allein in 2014, trotz Britenrabatt. Davon müsste Deutschland nach einem Brexit einen wesentlichen Teil mit übernehmen. Und Deutschland verliert seinen engsten Partner, wenn es darum geht, die Südeuropäer finanziell in Schach zu halten. Die Briten sind – und da sind sie den deutschen Bestrebungen ganz nah in Brüssel – trotz aller Nerverei und Opposition aktuell die wahren Reformtreiber in einer EU, in der viele darbenende Länder ihre Probleme nicht mit Reformen angehen, sondern einfach weitermachen wollen wie bisher.
- 2) GB könnte komplett zerfallen. – Und die Schotten dürften hier den ersten Schritt machen. Im Falle des Brexits hat die schottische Regierungschefin Nicola Sturgeon bereits angekündigt, gleich anschließend ein zweites eigenes Referendum über die schottische Unabhängigkeit zu veranstalten. Das letzte Mal vor zwei Jahren ging es ganz knapp für den Verbleib im Königreich aus. Diesmal könnte das ganz anders aussehen. Denn diesmal wäre die Lage eine andere: Sollten die EU- und europafreundlichen Schotten jetzt durch die Engländer und London aus ebenjenem Europa herausgerissen werden, stünden sie nun vor der Wahl: London oder Brüssel? Und in diesem Fall, das sagen mir derzeit alle schottischen Kollegen und Freunde, dürften die schottischen Nationalisten ein solches zweites Unabhängigkeits-Referendum klar gewinnen. Eine folgenschwere weitere Abspaltung wäre das, das Ende Großbritanniens, wie wir es kennen. Und die Zukunft des restlichen Little Britain wäre ganz ungewiss. Denn schon lange hegen auch die Waliser, der Norden, hegt Cornwall einen Groll gegen das arrogante London und die Engländer im Allgemeinen. Die Insel könnte damit nach einem schottischen Good-bye sogar noch weiter zersplittern.

- 3) Und den Punkt halte ich kurz: Die Folgewirkungen für das verbleibende Europa dürften verheerend sein: Zwar gibt es Menschen, die sich den Brexit als heilsamen Schock vorstellen, angesichts dessen das restliche Europa enger zusammenrückt. Ich halte aber eher das Gegenteil für wahrscheinlich, dass ein Brexit der falschen Seite Auftrieb geben würde, dass die Marine Le Pens, die Kaczinskys, die Orbans, kurz all die konfus xenophoben antieuropäischen Populisten auf dem Kontinent fatalen Rückenwind bekommen. Und last but not least:
- 4) Unter dem neuen antieuropäischen Populismus der Briten steckt auch eine wenn auch noch nicht offen ausgebrochene Feindseligkeit Deutschland gegenüber, dessen zunehmende Hegemoniestellung in Europa den Briten beginnt, wieder unheimlich zu werden. Noch ist das tabu und wird nur selten offen ausgesprochen, aber es ist da. Und der alte Deutschenhass der Briten, der in den letzten zehn Jahren einer angenehm realistischen und entspannten Sicht auf das neue, moderne Deutschland gewichen war, ist jederzeit reaktivierbar. Angela Merkel z.B., der von britischer Seite jahrelang ungeteilte Sympathie entgegen geschlug, wird immer öfter als die neue Diktatorin Europas dargestellt, die mit ihrer Öffnung der Grenzen den ganzen Kontinent im Chaos versinken ließ, nachdem sie kurz zuvor noch mal eben die armen Griechen ruiniert habe. Noch ist sie nicht der neue Hitler, aber es würde mich nicht wundern, wenn die SUN damit demnächst aufmacht. Eine beunruhigende Unterströmung ist das, dieses neue alte Ressentiment Deutschland gegenüber, das mit einem Brexit offen nach oben gespült werden dürfte.

So. Und nach so viel Horrorszenarien jetzt, nein, keine gute letzte Nachricht, sondern noch eine letzte, aber allerletzte schlechte: Und das ist die, dass auch im Fall des britischen Verbleibs in der EU, der Spuk noch lange nicht vorbei ist. Es droht ein NEVERENDUM. Eine nicht enden wollende Debatte um ein zweites Referendum. Das Brexit-Lager hat auch das bereits angekündigt. Denn zu tief sind die Gräben, die diese zunehmend aggressive Debatte durchs Land getrieben hat. Zu hartnäckig hat sich die rechte Anti-Europa-Bewegung in ihre Fantasie der splendid Isolation verbissen. Und der Riss geht nicht nur quer durch die Bevölkerung, er geht auch quer durch die Parteien.

Allen voran natürlich quer durch die Tory-Partei, in der sich die beiden Lager einen derart aggressiven Bürgerkrieg geliefert haben, dass es Jahre brauchen wird, bis sie sich davon erholen wird, wenn überhaupt. Auch eine Spaltung der Partei halte ich für nicht ausgeschlossen. Der Druck ist eben nicht aus dem Kessel, so wie Cameron es sich zunächst naiv vorgestellt hatte, als er das Referendum ursprünglich ausrief, damals im Januar 2013, um vor allem sich selbst ein bisschen Luft zu verschaffen inmitten seiner feindseligen Partei. Selten ist ein Trick so wenig aufgegangen: Der antieuropäische Druck in der Tory-Partei heute ist höher denn je, und zwar gerade, wenn die Europa-Gegner diese Schlacht verlieren.

Und das bedeutet für Brüssel und Europa: Im Fall eines Verbleibs der Briten haben wir es mit einem noch stärker geschwächten David Cameron zu tun, der weiter von seiner europafeindlichen Partei getrieben wird. Ein noch nervigeres Großbritannien wird das, ein noch gespalteneres Land mit einer noch nervöseren, weil völlig zerstrittenen Regierungspartei.

Die Geister, die er rief, hätte er sie doch einfach ruhen lassen. Das wird Cameron sich in so manch einer schlaflosen Nacht gesagt haben. – Aber dafür ist es jetzt zu spät. In zwei Wochen werden wir wissen, wie sich die Briten entschieden haben. Und wenn Sie mich jetzt fragen, was glauben Sie denn, wie das nun ausgeht, dann kann ich nur sagen. Ich würde mein Hausboot, auf dem ich in London lebe, nicht darauf verwetten wollen: Aber ganz persönlich hoffe ich doch immer noch darauf, dass am Ende die Vernunft doch siegen wird.

Aber selbst dann – wie gesagt –, um zum Schluss mit Shakespeare zu enden, ist zwar „der Vorhang zu, doch alle Fragen offen“.

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld.

